

2 Einleitung

Internationale Studien und Forschungsberichte aus dem deutschsprachigen Raum zeigen, dass LGBTIQ Personen in vielen Lebensbereichen – etwa Bildung, Arbeitswelt, Wohnen und Gesundheit – spezifische Herausforderungen und auch Diskriminierungen erleben, die sich unmittelbar auf ihre soziale, wirtschaftliche und psychische Lebenslage auswirken.

Die vorliegende Studie wurde im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien - Wiener Antidiskriminierungsstelle für LGBTIQ-Angelegenheiten (WAST) durchgeführt. Die **Studie Queer in Wien II (QiW II)** ist die Folgestudie einer 2015 erstmals durchgeführten Forschung (*Queer in Wien*) zur Lebenssituation und Lebenszufriedenheit von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans, intergeschlechtlichen und queeren Personen im Raum Wien und deren Erfahrungen mit Gewalt, Diskriminierung und Ungleichbehandlung in unterschiedlichen Lebensbereichen und institutionellen Kontexten (Schönpflug et al. 2015). Die vorliegende Studie ist methodologisch an queeren und intersektionalen Forschungsperspektiven orientiert und schließt an die Studie *Queer in Wien* (2015) sowie vorliegende nationale und Europäische Studien an.

Neu ist in *Queer in Wien II*, dass die der Studie zugrunde liegende Online-Befragung von 2024 so konzipiert wurde, dass zwar eine möglichst große **Vergleichbarkeit** mit der ersten Befragung von 2014 erzielt werden konnte jedoch auch eine **Anpassung** an die Entwicklungen von LGBTIQ Thematiken in den letzten 10 Jahren erfolgte. Die Studie 2025 wurde um den Schwerpunkt Queer Ageing und Caring Communities als auch eine Untersuchung zu queeren Arbeiter*innen ergänzt, einige Bereiche wurden gekürzt, wo zur Thematik bereits andere relevante Daten vorliegen, wie z.B. im Bereich Gesundheit, da 2023 ein österreichweiter LGBTIQ+ Gesundheitsbericht vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK 2023) gelegt wurde. Obgleich es sich nicht um Paneldaten handelt, das heißt, dass nicht die exakt gleichen Personen wie vor 10 Jahren befragt worden sind, sollen die Tendenzen in den Befragungen von 2024 mit jenen von 2014 verglichen und in der neuen Studie miteinbezogen und analytisch aufbereitet werden¹⁷.

Die Online-Befragung im Rahmen von *Queer in Wien II* zeichnet sich wieder durch einen vergleichsweise **hohen Rücklauf und ein sehr großes Engagement der Teilnehmer*innen** hinsichtlich der Bereitstellung qualitativer Daten aus. Insgesamt haben

¹⁷ Es ist möglich, Veränderungen auf aggregierter Ebene oder in der Verteilung von Antworten zu identifizieren. Möglich sind Vergleiche von Durchschnittswerten, Prozentsätzen oder anderen statistischen Kennzahlen aus den beiden Befragungen. Zum Beispiel können der durchschnittliche Bildungsstand oder die Zustimmung zu einer bestimmten Aussage in beiden Befragungen gegenübergestellt werden, oder analysiert werden, ob sich die Verteilung der Antworten auf eine Frage in den beiden Befragungen verändert hat. Es können keine Aussagen über individuelle Veränderungen getroffen werden, was auch im Sinne des Identitätsschutzes und der Anonymität ist.

2024 4.581 Personen den Online-Fragebogen dieser Studie ausgefüllt, das sind ein Drittel mehr als 2014. Das Geschlechterverhältnis der Teilnehmenden war durch einen Überhang weiblicher Personen geprägt (46%), 32% bezeichneten sich als männlich, alle anderen (22%) ordneten sich anderen Kategorien zu. Die Methode des community-orientierten Online-Surveys ergab auch bei *Queer in Wien II* Bias **hinsichtlich Ausbildung, Beschäftigung, sozialer Herkunft und Alter**. In Fokusgruppen und in Einzelinterviews wurden daher die Themen „Arbeiter*innenperspektive und Klassenbias“ und „Queer Ageing und Community Care“ qualitativ vertieft.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse müssen vor dem Hintergrund der genannten Einschränkungen interpretiert werden.

2.1 Veränderungen seit der Studie Queer in Wien (2015)

Die Ergebnisse der ersten Studie *Queer in Wien* (2015) zeigten, dass Diskriminierung am Arbeitsplatz, im Bildungsbereich und im öffentlichen Raum trotz gesellschaftlicher Fortschritte weiterhin verbreitet waren. Die Untersuchung erläutert Schwerpunktthemen, darunter Erfahrungen im Bildungssystem, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum, mit Einrichtungen der Stadt Wien, in der Familie und im Freund*innenkreis, sowie in der queeren Community, als auch die Lebenszufriedenheit von LGBTIQ Personen insgesamt.

In den 10 Jahren seit der ersten Befragung hat sich viel verändert: Der gesetzliche Rahmen und die sozialen Gegebenheiten haben sich besonders seit 2019 gewandelt: Einerseits erfolgte die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die personenstandsrechtliche Anerkennung von intergeschlechtlichen Menschen, und die Streichung von Transsexualität als Krankheit durch die WHO. Die liberalisierten gesetzlichen Partnerschafts- und Familienregelungen erlauben es Regenbogenfamilien vermehrt Ansprüche auf anti-diskriminatorische Bildungsarbeit in Kindergarten- und Schulalltagen geltend zu machen. Auf der anderen Seite werden Sorgen spürbar, die im Zusammenhang mit globalen Krisen stehen (insbesondere der Klimawandel, Kriege und Flucht, wie in der Ukraine und dem Nahen Osten, Gesundheitskrisen wie COVID 19, politische Umbrüche und Polarisierung auch über Social Media), diese sind verknüpft mit verstärktem Mobbing/Bullying, psychischen Belastungen und (Minderheiten)stress bei Fragen der Identitätsfindung, die besonders auch LGBTIQ Jugendliche zusätzlich belasten (Schönplflug et al. 2022).

LGBTIQ Personen sind nicht nur oftmals Opfer von Hate-Crimes in öffentlichen und privaten Bereichen, auch die Institutionen und das Personal in verschiedenen öffentlichen Institutionen sind häufig nicht in der Lage, ausreichend auf die Bedürfnisse von LGBTIQ Personen einzugehen – trotz vorhandener Gesetze, Gleichstellungs- und Diversitätsrichtlinien. Fehlende Erfahrung und nicht ausreichende Schulungen begünstigen diskriminierendes Verhalten; Stereotype werden in sozialen Praktiken und im täglichen

Betrieb bei der Erbringung privater und öffentlicher Dienstleistungen in unterschiedlichen Bereichen reproduziert und sichtbar, z. B. bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsversorgung (siehe: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz 2022) oder im Bereich persönliche Sicherheit. LGBTIQ Schüler*innen, sind in Schulen Mobbing und Schikanen ausgesetzt und haben oft keine erfahrenen oder entsprechend geschulten Lehrkräfte, an die sie sich für angemessene Unterstützung wenden können (Schönpflug und Klapeer 2020). Darüber hinaus fürchten sich ältere queere Menschen häufig davor, in Pflegeeinrichtungen zu ziehen (siehe: Schönpflug und Eberhardt 2021). Trans und intergeschlechtliche Personen meiden medizinische Hilfe und setzen sich dadurch hohen persönlichen Gesundheitsrisiken aus (siehe: Schönpflug und Eberhardt 2021). Diskriminierung am Arbeitsplatz ist weit verbreitet und reicht von Ungleichbehandlung bei der Einstellung bis hin zu gläsernen Decken und Einkommensverlusten (Schönpflug 2023, Schönherr und Zandonella 2017). Regenbogenfamilien erfahren in mehreren Bereichen Diskriminierung und Vorurteile, unter anderem bei der Administration in Schulen, z.B. wenn Formulare immer noch auf „Vater“ und „Mutter“ beschränkt werden (Frohn, Herbertz-Floßdorf, Wirth 2011). Gleichzeitig führt der demographische Wandel auch im Bereich von LGBTIQ Senior*innen zu verstärkten Pflege- als auch Finanzierungsbedarfen in den Bereichen Alter und Gesundheit (Schönpflug und Eberhardt 2021). Verknüpft mit den steigenden Lebenserhaltungskosten in den letzten Jahren (Energiepreise, Inflation, im internationalen Vergleich besonders hohe Lebensmittelpreise) hebt der LGBTIQ+ Gesundheitsbericht für Österreich hervor, dass sozioökonomische Faktoren wie Einkommen, Wohnsituation und soziale Absicherung einen erheblichen Einfluss auf das psychische und physische Wohlbefinden besonders von vulnerablen Gruppen wie von LGBTIQ Personen haben (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz 2022).

In jüngster Zeit mobilisieren rechte und konservative Bewegungen lokal und auch international gegen Feminismus, „Gender“ und die „Freiheiten“ von LGBTIQ Personen (insbesondere die Möglichkeit zum Wechsel der Genderidentität für trans Personen oder das Aussetzen von Operationen für intergeschlechtliche Kinder) als auch gegen öffentliche Projekte wie die erste Wiener queere Alten-WG (Volkshilfe Wien 2024, ggg 2024). Diese Diskurse belasten nicht nur die betroffenen LGBTIQ Personen, sondern erschweren auch die Bereitstellung diversitätsgerechter und effizienter öffentlicher Dienstleistungen, was wiederum Polarisierung verstärkt, und soziale Kohäsion erschwert. So wird die Nicht-Diskriminierung von LGBTIQ Personen in einem liberalen Demokratieverständnis auch als „Gradmesser für demokratische pluralistische Gesellschaften herangezogen“ (Klapeer 2008: 107ff.). Eine Rücknahme von Rechten, wie sie in der jüngsten Zeit in den USA und Österreichs Nachbarländern Ungarn und der Slowakei zu beobachten sind, ist dementsprechend als gravierend einzuordnen. Der Schutz von Rechten und sozialer

Akzeptanz für LGBTIQ Personen ist demnach nicht nur zielgruppenspezifische Sozialpolitik, sondern gesamtgesellschaftlich prioritäre Demokratie-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Im Lichte dieser Entwicklungen sind Institutionen wie die Stadt Wien mit ihrer Vorbildwirkung verstärkt gefordert, da insbesondere öffentliche Dienstleistungen für LGBTIQ Personen als „Good Governance“ von größter Relevanz sind. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und deren Gleichbehandlungswirkung können als Indikatoren für „demokratische Inklusion“ und „gleichberechtigte Bürger*innenschaft“ betrachtet werden (siehe z.B. Takács/ILGA 2006). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch besonders die wichtige Rolle des öffentlichen Personals als „Change Agents“, wenn es darum geht, die Lebenssituation, soziale Anerkennung und Inklusion von LGBTIQ Personen zu verbessern und intersektional Diskriminierung und Ungleichheit für die Gesamtbevölkerung zu verringern.

So versucht die vorliegende Studie *Queer in Wien II* systematisch Wissenslücken zu schließen und mit der Lieferung detaillierter Befragungsergebnisse die Grundlage zu schaffen, um passgenaue Unterstützungsangebote zu entwickeln, bestehende Strukturen zu verbessern und den sozialen Wandel erfolgreich zu meistern. Spezifische Bedarfe, etwa im Bildungssystem, hinsichtlich der Bevölkerungsalterung oder im Zugang zu Gesundheitsleistungen können sichtbar gemacht werden. So wird es möglich, nicht nur Diskriminierung abzubauen, sondern auch Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in Wien gezielt zu fördern – ein Ansatz, der international als Best Practice angesehen wird.

2.2 Methodik der Studie Queer in Wien II

Eine Untersuchung der Lebenssituationen, Diskriminierungserfahrungen, Identitätsbezüge und daraus ableitbaren Bedarfe von LGBTIQ Personen muss deren Heterogenität entsprechend berücksichtigen. Dies impliziert, wie bereits in der ersten Studie *Queer in Wien* (2015), einen kritischen Umgang und eine methodische Reflexion von Unterschiedlichkeiten und Ungleichheiten *innerhalb* der Gruppe der LGBTIQ Personen und eine methodische Berücksichtigung von *intrakategorialen* Differenzen zwischen LGBTIQ Gruppen. Bisherige Studien und Forschungsarbeiten haben gezeigt, dass zwischen LGBTIQ Personen trotz vieler *gemeinsamer* (Diskriminierungs-)Erfahrungen Unterschiede u.a. hinsichtlich der Diskriminierungskontexte und der Auswirkungen von Diskriminierung sowie Differenzen hinsichtlich ökonomischen und politischen Zugangschancen bestehen (siehe Europäische Grundrechtsagentur 2024). Insofern orientiert sich diese Studie an einem differenzierten Verständnis von Geschlechtsidentität und anderen Diversitätsdimensionen und den Erkenntnissen zur intersektionalen Betrachtung von Diversitätsverhältnissen (siehe Hofmann und Schönplflug 2024).